

Jan Stankovsky

Mittelfristige Perspektiven für Osteuropa

Ost-West-Handel

Die Transformation der Länder Ost-Mitteleuropas (Ungarn, ČSFR, Polen) von der Plan- zur Marktwirtschaft macht derzeit gute Fortschritte. Lediglich in bezug auf die Privatisierung waren die bisher erreichten Ergebnisse wenig überzeugend. In Südosteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der UdSSR stehen die meisten der erforderlichen Umbauschritte erst bevor. Das größte Problem aller Oststaaten — gleichgültig ob sie sich für eine radikale Reform (Polen, ČSFR, Rußland) oder aber für einen „Gradualismus“ (Ungarn) entschieden haben — sind der hohe Rückgang der Produktion und die wachsende Arbeitslosigkeit.

Den Übergang zur Marktwirtschaft leiteten fast alle Länder mit einer *Stabilisierung der Gesamtwirtschaft* ein: Der (aus der Vergangenheit übernommene) Geldüberhang wurde beseitigt und die Budgetdefizite abgebaut. Durch die Freigabe der früher weitgehend zentral regulierten Preise sollen der Wettbewerb belebt und der marktwirtschaftliche Steuerungsprozeß wieder in Gang gesetzt werden. Dazu tragen auch die Liberalisierung des Außenhandels und die Währungs-konvertibilität bei. Der Gefahr eines massiven Handelsbilanz-(Leistungsbilanz-)Defizits — die durch den großen Nachholbedarf der Bevölkerung der Oststaaten im Konsum westlicher Produkte und von Auslandsreisen verstärkt wird — wird vor allem mit

Die Oststaaten sind derzeit in einer tiefen Rezession, die mit der notwendigen Stabilisierung sowie Umstrukturierung der Wirtschaft zusammenhängt. Die heftig diskutierte Frage „Schocktherapie“ versus „Gradualismus“ geht zum Teil am Wesen des Problems der Transformation vorbei. Der Reformerfolg wird in hohem Maße von der Privatisierung bestimmt, wozu sich die einzelnen Oststaaten unterschiedlicher Konzepte bedienen. Der Außenhandel Osteuropas wird sich deutlicher nach dem Westen orientieren, seine Einbindung in die Weltwirtschaft wird von den Produkten abhängen, mit welchen sich diese Länder auf den internationalen Märkten durchsetzen. Für diese Entwicklung wird der Umfang westlicher Direktinvestitionen, aber auch die Öffnung westlicher Märkte maßgeblich sein.

Abwertungen, in geringerem Maß mit Importabgaben entgegengesteuert

Der vorliegende Beitrag versucht nach einer kurzen Bestandsaufnahme der Privatisierungsproblematik und der aktuellen Wirtschaftslage anhand der verfügbaren internationalen Studien eine mittelfristige Perspektive für das Wirtschaftswachstum sowie für den Außenhandel in Osteuropa auszuarbeiten. Die künftige Entwicklung in den Nachfolgestaaten der UdSSR kann nur zum Teil einbezogen werden.

Die im Zusammenhang mit der Transformation heftig diskutierte Frage „Gradualismus“ versus „Schockthera-

pie“ geht zum Teil am Wesen des Problems vorbei. Die meisten Ökonomen vertreten die Auffassung, daß die wesentlichen Elemente des markt-

Schocktherapie versus „Gradualismus“

wirtschaftlichen Systems nicht schrittweise, sondern *in einem Zug* eingeführt werden sollen. Williamson (1991) spricht diesbezüglich von einem „minimum critical size of bang“. Für Dornbusch (1991) erhöht ein rascher Übergang zur Marktwirtschaft die Erfolgchancen. Auch Laski (1992) fordert klare Signale für den Übergang zur Marktwirtschaft, wenn auch mit einem zu raschen Tempo für ihn Gefahren verbunden sind.

Ungarn ist eine Ausnahme, da dort der Gradualismus noch in der Zeit der kommunistischen Regierung (und der Gültigkeit der Breschnew-Doktrin) entwickelt und angewendet wurde¹⁾

Erhebliche Auffassungsunterschiede ergeben sich vor allem in bezug auf konkrete Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, z. B. über die Wirksamkeit der Zinspolitik, die Auswirkungen eines „deficit spending“ oder über die Aufgaben der Industriepolitik.

Die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft wird durch die unzureichende gesetzliche und institutionelle Infrastruktur, die fehlenden fachlichen Qualifikationen in wichtigen Berufen (z. B. im Bankbereich, im Zoll- und Steuerwesen²⁾ u. a.) erschwert.

¹⁾ „The Hungarian approach to economic reform in the period prior to 1989 has been labelled gradualism. The pace of reform has undoubtedly quickened since, and so this description is no longer quite accurate“ (OECD, 1991A).

²⁾ Im OECD-Seminar über Steuersystem (Februar 1992 in Wien) wurde u. a. aufgezeigt, daß z. B. in der ČSFR mindestens 8 000 Beamte für diesen Bereich benötigt werden, aber nur 2 000 verfügbar sind. In der GUS steht einem geschätzten Bedarf von 65 000 ein tatsächlicher Bestand von 6 000 Beamten gegenüber (Die Presse 26. Februar 1992).

Besonderen Widerstand gegen die Reformen leisten die Großbetriebe, die ihre Monopolstellungen nicht aufgeben wollen. Die *Dominanz der Großbetriebe* im Osten kann anhand der durchschnittlichen Zahl von Beschäftigten in Industrieunternehmen belegt werden: In Österreich betrug sie 58, in der BRD 191 in Bulgarien, Ungarn, Polen und der UdSSR 600 bis 900, in Rumänien 1 932 und in der ČSFR mehr als 3 000 (*Mayerhofer*, 1992). Vor allem in der früheren UdSSR war die Monopolposition mancher Unternehmen stark ausgeprägt, doch auch in den meisten anderen Ländern Osteuropas war die Lage ähnlich. In der frühen UdSSR erreichten die von einem einzigen Unternehmen hergestellten Produkte einen Anteil an der gesamten Industrieproduktion von 30% bis 40%, im Maschinenbau sogar 87% (*Havrylyshyn — Williamson* 1991).

Privatisierung

Wichtige Voraussetzung für eine effiziente marktwirtschaftliche Steuerung in Osteuropa ist die *Privatisierung*. Im Hinblick auf den großen Umfang des Staatsbesitzes und den Kapitalmangel im Inland sind westliche *Privatisierungsmodelle* nur zum Teil anwendbar. Nach *Lipton — Sachs* (1991) bedeutet Privatisierung im Osten nicht nur den Aufbau eines neuen Rechtssystems für die Eigentumsrechte sondern auch die Errichtung eines neuen Systems von Finanzmärkten und -institutionen. Die ökonomische Herausforderung liegt im optimalen Zusammenspiel dieser beiden Elemente. Nach Auffassung der Autoren muß die Privatisierung rasch, verteilungsgerecht und fiskalisch vertretbar abgewickelt werden, um letztlich zu einem Marktsystem mit effizienten Unternehmen und einem leistungsfähigen Kapitalmarkt zu gelangen.

Über die Auswirkungen der Privatisierung gehen die Auffassungen ebenso auseinander wie über die Privatisierungsstrategien. Zahlreiche Ökonomen meinen daß die Leistungsgewinne infolge der Schaffung von Privateigentum und privaten Kapitalmärkten

so groß sind, daß der Prozeß so weit wie möglich beschleunigt werden soll. Die Gefahr einer langsamen Privatisierung besteht u. a. auch darin, daß im Kampf um die Eigentümerrechte außerordentlich viel Energie verlorengeht, wenn diese Rechte nicht klar definiert werden.

Andere Ökonomen treten für ein gemäßigtes Tempo der Privatisierung ein um so Zeit zur Entwicklung leistungsfähiger Eigentümerstrukturen zu gewinnen. Die Nachteile einer raschen Privatisierung sind nicht nur geringere Erlöse aus der Umwandlung in Privateigentum, sondern auch die Begünstigung der alten „Nomenklatura“ die (neben den Schwarzmarkthändlern) zu den wenigen inländischen Gesellschaftsgruppen zählt, die über genügend Kapital für den Erwerb von Anteilen an Unternehmen verfügen.

Die Privatisierungsverfahren der einzelnen osteuropäischen Länder unterscheiden sich beträchtlich. In Ungarn wurde bisher das Schwergewicht auf die Übertragung des bestehenden Einflusses auf die zu privatisierenden Unternehmen vom Staat auf den privaten Sektor gelegt. In der ČSFR steht die Eigentumsübertragung im Mittelpunkt der Privatisierung.

Die Privatisierungsverfahren der einzelnen osteuropäischen Länder unterscheiden sich beträchtlich. In Ungarn wurde bisher das Schwergewicht auf die Übertragung des bestehenden Einflusses auf die zu privatisierenden Unternehmen vom Staat auf den privaten Sektor gelegt. Unternehmen gelten als „privatisiert“, wenn eine aktive private Beteiligung an der Geschäftsleitung gegeben ist, auch dann, wenn der Staat noch die Anteilsmehrheit hält (*OECD*, 1991A). Nach *Csikos — Nagy* (1991) verfolgt die „Hauptlinie der ungarischen Eigentümerreform die Manager-Privatisierung“. Im Vordergrund des ungarischen Konzeptes steht die „Wiederherstellung der wirtschaftlichen Rationalität“. Die Schaffung von „Millionen von Kapitalisten“ wird nicht angestrebt. 5% bis 7% der Bevölkerung könnten Eigentümer werden. Dieser

Prozentsatz entspricht etwa jenem in Österreich, ist aber weitaus niedriger als in anderen westlichen Ländern (etwa Schweden, Großbritannien).

In der ČSFR steht die Eigentumsübertragung im Mittelpunkt der Privatisierung. Die Bemühungen konzentrieren sich auf eine rasche Übertragung des staatlichen Eigentums in den Privatbesitz, der „Kuponprivatisierung“ kommt hier eine bedeutende Rolle zu. Während der (möglichst kurzen) Übergangszeit werden Fragen der Geschäftsleitung und des beherrschenden Einflusses als eher untergeordnet betrachtet (*OECD*, 1991B).

In der ČSFR werden zwei Privatisierungsverfahren — die „kleine“ und die „große“ Privatisierung — angewendet: Die kleine Privatisierung wurde überwiegend bereits 1991 abgeschlossen. Die große Privatisierung findet ab 1992 in zwei „Wellen“ auf Grundlage eines von den einzelnen Unternehmen, aber auch von anderen Interessenten ausgearbeiteten und vom Privatisierungsministerium genehmigten Privatisierungsprojektes statt³⁾.

Neben der Kuponmethode (die zu meist nur auf einen Teil des Kapitals angewendet wird) sind andere Privatisierungsformen vorgesehen, so u. a. der direkte Verkauf an eine bestimmte Person, Mitarbeiterbeteiligung, Verkauf im Zuge von Auktionen sowie Beteiligung des Auslandes.

Polen hat sich bemüht, eine ganze Palette von Privatisierungsstrategien auszuarbeiten. In der praktischen Durchführung haben sich aber besondere Probleme ergeben, da sich die Arbeiterräte nachdrücklich in diesen Prozeß eingeschaltet haben. Von den potentiellen westlichen Investoren wurden die wirtschaftlichen Risiken als sehr hoch eingeschätzt (*OECD*, 1991B). Hindernisse erwuchsen vor allem aus den Auflagen, die überhöhte Zahl der Arbeitnehmer nicht wesentlich zu verringern⁴⁾.

In Bulgarien und Rumänien ist die Privatisierung erst in Ansätzen vorhanden.

Trotz Freigabe der früher vertraulichen Daten und Hilfe durch interna-

³⁾ Vgl. hierzu näher *Gabrish et al.*, „Transformationskrise setzt sich fort“, in diesem Heft.

⁴⁾ Zu den Problemen der Privatisierung in Polen vgl. ausführlich *Winiacki* (1991B).

Wichtige Wirtschaftskennzahlen der Oststaaten 1990

Übersicht 1

	Bevölkerung		BIP pro Kopf ¹⁾	
	Mill	Personen	In S	Mrd S
Oststaaten	411 0		5 047	2 074 2
Ehemalige UdSSR	290 9		5 039	1 465 9
Osteuropa	120 1		5 065	608 3
Ost-Mitteuropa	64 1		5 587	358 1
ÖSFR	15 7		8 076	126 8
Ungarn	10 6		6 057	64 2
Polen	37 8		4 421	167 1
Südosteuropa	56 0		4 468	250 2
Bulgarien	8 9		5 607	49 9
Rumänien	23 3		3 163	73 7
Ehem. Jugoslawien	23 8		5 319	126 6
<i>Zum Vergleich</i>				
USA	250 4		21 826	5 465 2
Westdeutschland	63 0		18 291	1 152 3
Ostdeutschland	16 1		8 764	141 1
Österreich	7 7		16 620	128 0

Q: PlanEcon 1990; CIA (1991) — ¹⁾ Zu Kaufkraftparitäten

Oststaaten und dem Westen verfügt daher Osteuropa über ein enormes Investitionspotential

Einen Überblick über die Stellung der Oststaaten in der Weltwirtschaft (Anteile am Sozialprodukt, Außenhandel und Verschuldung) bietet Übersicht 3. Nach diesen Berechnungen waren die Oststaaten mit etwa 9,6% am Welt-Sozialprodukt und mit 5,5% am Weltexport von Waren beteiligt. Der Anteil der Oststaaten an der Weltbevölkerung beträgt 7,7%.

Aktuelle Lage

Die Oststaaten sind 1990 in eine Rezession geraten, die sich 1991 vertieft hat. 1992 wird für die meisten Länder der Region ein weiterer Wachstumsrückgang erwartet. Während die Länder Ost-Mitteleuropas den Tiefpunkt der Rezession wahrscheinlich 1991 erreichten, sind die Aussichten für Südosteuropa sowie für die Nachfolgestaaten der UdSSR ungewiß.

tionale Organisationen ist es im Augenblick noch schwierig, einen verlässlichen Überblick über die Wirtschaftslage und die aktuelle Entwicklung der Oststaaten zu erhalten. Dies

Die Wirtschaftslage der Oststaaten

ist vor allem darauf zurückzuführen, daß das statistische System der neuen Situation noch nicht Rechnung trägt. So werden z. B. die Leistungen neuer Produktionsbetriebe nicht erfaßt, der Produktionseinbruch ist deshalb möglicherweise überzeichnet. Zum Teil ist es überhaupt fraglich, ob sich die früheren Daten zum Vergleich mit den gegenwärtigen eignen⁵⁾.

Die wichtigsten Wirtschaftskennzahlen der Oststaaten sind in Übersicht 1 zusammengefaßt. Nach Schätzungen, die auf neuen Statistiken des CIA bzw. von PlanEcon beruhen, erreichte das wirtschaftliche Entwicklungsniveau des Ostens (BIP pro Kopf) 1990 3 000 \$ (Rumänien) bis 8 000 \$. Die ÖSFR deren Entwicklungsniveau in der Zwischenkriegszeit und auch in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg etwa jenem Österreichs entsprach, erreicht derzeit nur etwa die Hälfte des österreichischen Wertes. Diese Schätzungen stufen die La-

ge der Oststaaten möglicherweise etwas zu günstig ein. Manche Hinweise sprechen dafür, daß in der ÖSFR das BIP pro Kopf derzeit nur etwa 35% bis 40% von Österreich erreicht. In den oben erwähnten Statistiken wurde das Sozialprodukt zu Kaufkraftparitäten umgerechnet. Die Weltbank, die sich in der Umrechnung auf (modifizierte) Wechselkurse stützt, kommt zu wesentlich niedrigeren Ergebnissen (im Jahr 1989 jeweils etwa 2 500 \$ in Ungarn, Jugoslawien und Bulgarien, 1 760 \$ in Polen), die jedoch etwas unterzeichnet sein dürften (vgl. Mayerhofer, 1992; eine ausführliche Darstellung des Entwicklungsniveaus europäischer Länder gibt Butschek, 1992).

Übersicht 2 stellt die Durchschnittslöhne (in Gesamtwirtschaft und Industrie) in den Oststaaten und in einigen westlichen Industrieländern auf Dollarbasis gegenüber. Derzeit betragen die Löhne im Osten nur etwa ein Zehntel der entsprechenden Werte in den westlichen Ländern. Auch wenn anzunehmen ist, daß in Ost-Mitteleuropa die Lohnsteigerungen höher als die Abwertung sein werden dürften, die Löhne in naher Zukunft weiterhin deutlich hinter jenen in Westeuropa zurückbleiben. Trotz erheblicher Produktivitätsunterschiede zwischen den

Monatslöhne der Gesamtwirtschaft und der Industrie im Osten und Westen

Übersicht 2

Pro Kopf, umgerechnet zu laufenden Wechselkursen

	1990	1991
	in \$	
Osten		
Bulgarien	375 3	117 3
Industrie	349 2	—
ÖSFR	174 5	117 0
Industrie	—	108 9 ¹⁾
Ungarn	199 9	—
Industrie	176 2	191 0
Polen	109 5	166 2
Industrie	107 5	154 5 ²⁾
Rumänien	89 6	121 4
Industrie	84 2	117 6
Rußland		
Industrie		20 0 ³⁾
Westen		
Österreich	2 377 5	2 462 1 ⁴⁾
Industrie	2 211 4	2 277 6 ⁴⁾
Deutschland	2 706 6	2 797 4 ⁴⁾
Industrie	2 385 9 ⁵⁾	—

Q: OECD (1992). Short-term Economic Statistics Central and Eastern Europe — ¹⁾ Jänner 1992 (Hospodárske Noviny, 27. März 1992) — ²⁾ September 1991. — ³⁾ Financial Times, 4. März 1992 — ⁴⁾ Durchschnitt 1991 — ⁵⁾ Industriearbeiter

⁵⁾ Die statistischen Probleme in Osteuropa werden in bezug auf Polen ausführlich in einer Studie von Berg — Sachs (1991) analysiert. So schrumpften etwa die Reallohne (Nominallohne deflationiert mit dem Konsumpreisindex) in der polnischen Industrie von Juni 1989 bis Juni 1990 um 37%. Dieser Vergleich ist allerdings wenig aussagekräftig: In der letzten Phase der kommunistischen Regierung stiegen die Reallohne außergewöhnlich stark (Juni 1987 bis Juni 1989 +42,2%), doch stand dem auf den offiziellen Märkten ein völlig unzureichendes Güterangebot gegenüber. Im Vergleich zum Jahr 1987 waren die Reallohne in Polen Mitte 1990 — im ersten Jahr der radikalen Reform — um nur 10,4% niedriger, Mitte 1991 bereits um 3,1% höher (Berg — Sachs, 1991, Übersicht 10). Der reale Konsum schrumpfte nach Berechnungen von Berg — Sachs, die sich auf eine detaillierte Auswertung der Ausgaben nach Budgetkategorien des Statistischen Zentralamtes stützen, in Polen 1990 gegenüber dem Vorjahr um 7,3% (davon Nahrungsmittel —2% andere —12%). Diese Ergebnisse dürften bereits eine pessimistische Sicht widerspiegeln, da sie aufgrund fixer Gewichte des Jahres 1989 kalkuliert wurden und Qualitätsverbesserungen nicht berücksichtigen. Für das reale BIP in Polen errechnen Berg — Sachs für 1990 — gemessen von der Verwendungsseite — einen Rückgang um 7,7% (gemessen von der Entstehungsseite um 7,5%). In der amtlichen Statistik wird hingegen für 1990 ein Rückgang des BIP von real 12% ausgewiesen.

Oststaaten in der Weltwirtschaft 1990

Übersicht 3

	BIP	Warenexporte	Gesamtverschuldung	Bevölkerung
	Anteile an der Welt in %			
Oststaaten	9,6	6,5	10,9	7,7
Osteuropa	2,8	2,4	7,0	2,3
Ehemalige UdSSR	6,8	3,1	3,9	5,4
Westen	75,1	66,9	—	15,7
USA	25,3	11,6	—	4,7
EG	27,8	39,5	—	6,1
Deutschland	5,3	11,7	—	1,5
Österreich	0,6	1,2	—	0,1
Entwicklungsländer	15,3	27,6	89,1	76,5
4 Drachen ¹⁾	2,3	5,9	2,5	1,3
Welt	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: IMF Direction of Trade; CIA (1991); OECD (1991) — ¹⁾ Hongkong Singapur Taiwan Südkorea

ehemalige DDR, aus. In der ČSFR sind etwa 30% bis 50% des Rückgangs der Industrieproduktion auf den Zusammenbruch des früheren Intra-RGW-Handels zurückzuführen. Ein Vergleich der gegenwärtigen Lage der Oststaaten mit der Weltwirtschaftskrise ist nur oberflächlich richtig, da er die im Osten verlaufenden Prozesse nicht berücksichtigt.

Die wirtschaftliche Lage der meisten Oststaaten (ausgenommen Rumänien und die ČSFR) wird durch die hohe Auslandsverschuldung belastet (Übersicht 5). Eine schwere Hypothek der Vergangenheit — die auch Westeuropa unmittelbar trifft — ist die Umweltbelastung. Nationalistische Auseinandersetzungen, politisch bedingte Handlungsunfähigkeit sowie Fehler der Wirtschaftspolitik haben die Rezession verschärft.

Ein bedeutender Risikofaktor für Osteuropa ist die Situation in den Nachfolgestaaten der UdSSR. Der Ausfall von Brennstofflieferungen, die nur teilweise durch andere Quellen ersetzt werden können, würde sich auf alle Länder der Region in hohem Maße nachteilig auswirken.

Die Zukunft der *Gemeinschaft unabhängiger Staaten* (GUS) ist sehr ungewiß. Den Nachfolgestaaten der UdSSR steht der Anpassungsprozeß großteils erst bevor. Das politische Ende der UdSSR wurde nach den halbherzigen Perestrojka-Reformen und dem Verlust der politischen Autorität des Zentralstaates unvermeidlich. Wahrscheinlich kann das Vertrauen in staatliche Instanzen in einem demokratischen Prozeß nur auf regiona-

Nach offizieller Statistik schrumpfte die Wirtschaftsleistung im Osten 1990 real um 4%, 1991 um 16%⁶⁾.

Aufschlußreich ist ein Vergleich der drei Reformländer Ost-Mitteleuropas. Während der vergangenen vier Jahre (1988/1991) entsprachen die Wachstumsverluste Ungarns (-12,5%) das sich für eine eher „graduelle“ Transformation entschied, etwa jenen der ČSFR (-13,1%), die einen radikaleren Übergang wählte. Die Verluste Polens (-15,8%), das noch vor der ČSFR eine radikale Transformation eingeleitet hatte und deshalb offenbar auch mehr „Lehrgeld“ zahlen mußte, übertreffen jene der zwei Vergleichsländer⁷⁾ (Übersicht 4).

Der Wachstumsrückgang in Osteuropa ist eine unausweichliche Folge der wirtschaftlichen Stabilisierung und der Transformation zur Marktwirtschaft. Er wird durch die Strukturpassung, insbesondere durch die Stilllegung bzw. Umstellung unprodukti-

ver Wirtschaftseinheiten (die in vielen Fällen zu Weltmarktpreisen nur eine negative Wertschöpfung erreichen) sowie der (zum Teil modernen) Rüstungsindustrie verstärkt. Eine zusätzliche Belastung ging 1990 und vor-

Während der vergangenen vier Jahre (1988/1991) entsprachen die Wachstumsverluste Ungarns (-12,5%), das sich für eine eher „graduelle“ Transformation entschied, etwa jenen der ČSFR (-13,1%), die einen radikaleren Übergang wählte. Die Verluste Polens (-15,8%), das noch vor der ČSFR eine radikale Transformation eingeleitet hatte und deshalb offenbar auch mehr „Lehrgeld“ zahlen mußte, übertreffen jene der zwei Vergleichsländer.

allem 1991 von dem — in diesem Ausmaß unerwarteten — Zusammenbruch des Warenaustausches innerhalb der Oststaaten, insbesondere der Exporte in die UdSSR und die

Reales Wirtschaftswachstum in den Oststaaten im Rückblick

Übersicht 4

	1990 ¹⁾ Anteile in %	1988 ²⁾	1989 ²⁾	1990 ²⁾	1990 ³⁾	1991 ³⁾	1992 ³⁾	Ø 1988/1991	1991 1987 = 100
		Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Oststaaten	100,0	+3,5	+1,5	-5,4	-3,8	-16,2	-12,5	-4,1	84,7
Ehemalige UdSSR	70,7	+4,4	+2,4	-4,0	-2,3	-17,0	-15,0	-3,5	86,7
Osteuropa	29,3	+1,4	-0,8	-8,8	-7,3	-14,4	-6,4	-5,5	79,8
Ost-Mitteleuropa	17,3	+3,1	+0,2	-8,2	-6,2	-11,3	-3,2	-3,7	86,0
ČSFR	6,1	+2,4	+1,3	-3,1	-0,4	-15,9	-7,0 ⁴⁾	-3,5	86,9
Ungarn	3,1	-0,5	-1,1	-5,5	-3,3	-8,0	-4,0 ⁴⁾	-3,3	87,5
Polen	8,1	+4,9	-0,2	-13,0	-11,6	-9,0	+0,0 ⁴⁾	-4,2	84,2
Südosteuropa	12,1	-1,0	-2,1	-9,7	-8,8	-18,7	-11,0	-7,9	71,9
Bulgarien	2,4	+2,4	-0,4	-13,6	-11,8	-23,0	-7,0	-8,8	69,3
Rumänien	3,6	-2,0	-7,9	-10,5	-7,4	-13,5	-7,0	-7,8	72,3
Ehemaliges Jugoslawien	6,1	-1,7	+0,6	-7,6	-8,5	-20,0	-15,0	-7,8	72,4

Kursive Zahlen: Netto-Materialprodukt, Berechnung der jährlichen Veränderung 1988 und 1989 auf Basis des Netto-Materialproduktes, 1990 und 1991 auf Basis des BIP.
¹⁾ BIP zu Kaufkraftparitäten CIA (1991); PlanEcon 1990 — ²⁾ ECE (1991) — ³⁾ BIP; WIIW — ⁴⁾ Conference on Medium Term Economic Assessment Wien 1991; andere Schätzungen

⁶⁾ Das früher von den Oststaaten verwendete volkswirtschaftliche Gesamttaggregat Netto-Materialprodukt weist meist einen tieferen Einbruch aus als das (zum Teil geschätzte) Brutto-Inlandsprodukt, da sich die Dienstleistungen (die im Netto-Materialprodukt nur teilweise erfaßt sind) überwiegend günstig entwickelten.
⁷⁾ Polens Ausgangsposition war allerdings auch wesentlich schlechter (Hyperinflation, explodierende Budgetdefizite) als die Ungarns und der ČSFR.

Gesamtverschuldung der Oststaaten

Übersicht 5

Brutto

	WIFO WIIW ¹⁾		OECD ²⁾
	Ende 1990	Ende 1991	Ende 1990
	Mrd \$		
Oststaaten	159 0	180 8	167 6
Ehemalige UdSSR	52 0	70 0	59 8
Osteuropa	107 0	110 8	107 8
Ost-Mitteuropa	77 8	78 6	77 7
CSFR	7 9	9 3	8 1
Ungarn	21 7	22 8	24 1
Polen	48 2	46 5	45 5
Südosteuropa	29 2	32 2	30 1
Bulgarien	10 4	11 6	9 4
Rumänien	2 3	2 1	1 1
Ehemaliges Jugoslawien	16 5 ³⁾	18 5	19 6

¹⁾ Handler - Kramer - Stankovsky (1992), WIIW, Mitgliederinformation, 1992, (3) - ²⁾ External Debt Statistics, Paris, 1991. - ³⁾ Davon entfallen etwa 2,5 Mrd \$ auf Slowenien, 3,9 Mrd \$ auf Kroatien; vgl. Handler - Kramer - Stankovsky (1991)

Wachstumsperspektiven in Osteuropa ausgearbeitet. Die folgenden Abschnitte bringen einen kurzen Überblick über diese Wachstums- und Außenhandelsprojektionen.

Mittelfristige Wachstumsperspektiven

Vorstellungen über die mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten (bis 1995) für Osteuropa bzw. für einzelne Länder finden sich u. a. in Studien von Debs - Shapiro - Taylor (1991), des Ifo und der UNIDO. Das Grund-Szenario der Untersuchung von Debs - Shapiro - Taylor geht (unter den weiter unten spezifizierten Annahmen) von einem „normalen“ Tempo der Refor-

ler Ebene wieder hergestellt werden. Der politische Zerfall der UdSSR wird aber eine wirtschaftliche Desintegration eines Gebietes bewirken, dessen Wirtschaft bisher eng verflochten und durch Monopolproduzenten gekennzeichnet war

ropa. Die erwähnten zentrifugalen Kräfte werden den Einbruch der Wirtschaft vertiefen, der durch den Übergang von Plan- zu Marktwirtschaft sowie die wirtschaftliche Umstrukturierung entsteht.

Wachstums- und Außenhandelsprojektionen für Osteuropa

Der Wunsch der Republiken nach voller Souveränität schließt eine unabhängige Wirtschaftspolitik mit ein, die auch die bisher einheitliche Währung in Frage stellt. Mit der Abschaffung der einheitlichen Währung gehen ihre Vorteile verloren, insbesondere der Zwang zu einer größeren fiskalischen und monetären Disziplin. Die Transaktionskosten werden steigen, und die Tendenz zur Autarkie und zum Aufbau von Handelshindernissen wird zunehmen.

Der politische Zusammenbruch des Kommunismus im Osten wurde vor allem durch die unzulängliche Leistungsfähigkeit des mit dieser Gesellschaftsordnung verbundenen Wirtschaftssystems verursacht. Zu den wichtigsten Zielsetzungen der Transformation Osteuropas von der Plan- zur Marktwirtschaft zählt daher die Überwindung der Wachstumsschwäche. Eine wichtige Rolle spielen dabei das Tempo, mit dem Wirtschaftsreformen verwirklicht werden, sowie der Umfang der Zuflüsse an Auslandskapital.

Ein Zusammenbruch des Handels zwischen den Republiken der ehemaligen UdSSR wird sich für die beteiligten Länder noch viel ungünstiger auswirken als der kräftige Rückgang des Intra-RGW-Handels nach dem Ende der Clearing-Verrechnung auf Osteu-

In verschiedenen Studien wurden Szenarien für die mittelfristigen

Der politische Zusammenbruch des Kommunismus im Osten wurde vor allem durch die unzulängliche Leistungsfähigkeit des mit dieser Gesellschaftsordnung verbundenen Wirtschaftssystems verursacht. Zu den wichtigsten Zielsetzungen der Transformation Osteuropas von der Plan- zur Marktwirtschaft zählt daher die Überwindung der Wachstumsschwäche. Eine wichtige Rolle spielen dabei das Tempo, mit dem Wirtschaftsreformen verwirklicht werden, sowie der Umfang der Zuflüsse an Auslandskapital.

men aus (Übersicht 6). Der Umbau des Wirtschaftssystems und der Wirtschaftsstruktur hat einen tiefen und langen Wachstumseinbruch zur Folge. Niedrige Wachstumsraten werden in den meisten Ländern der Region erst 1994 möglich sein.

Die lange Periode einer Verschlechterung der Wirtschaftslage könnte die gesellschaftliche Akzeptanz der Re-

Mittelfristige Wachstumsaussichten für Osteuropa

Übersicht 6

	Grund-Szenario					Szenario einer beschleunigten Reform						
	1992	1993	1994	1995	Ø 1992/1995	1995	1992	1993	1994	1995	Ø 1992/1995	1995
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					1991 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %					1991 = 100
CSFR	-4,8	-3,9	+4,3	+4,1	-0,2	99,3	-5,8	+2,1	+6,9	+6,7	+2,3	109,7
Ungarn	-0,4	+1,5	+2,7	+3,0	+1,7	106,9	-1,4	+6,1	+7,4	+7,4	+4,8	120,7
Polen	+1,6	+2,6	+1,8	+3,2	+2,2	109,5	+0,6	+5,8	+5,1	+5,6	+4,2	118,1
Ost-Mitteuropa	-1,0	+0,1	+2,8	+3,5	+1,3	105,4	-2,0	+4,5	+6,1	+6,3	+3,7	115,5
Bulgarien	-6,7	+0,6	+0,8	+3,0	-0,6	97,4	-7,7	+4,0	+2,3	+4,3	+0,6	102,4
Rumänien	-5,1	-3,9	+2,6	+4,2	-0,6	97,4	-6,1	+0,7	+4,3	+5,7	+1,0	104,2
Ehemaliges Jugoslawien	-2,6	-1,0	-0,5	+0,8	-0,8	96,7	-3,6	+3,7	+0,3	+1,9	+0,5	102,2
Südosteuropa	-4,2	-1,5	+0,7	+2,2	-0,7	97,1	-5,2	+2,9	+1,9	+3,5	+0,7	102,9
Osteuropa	-2,3	-0,6	+2,0	+3,0	+0,5	102,0	-3,3	+3,9	+4,4	+5,2	+2,5	110,3

Q: Debs et al (1991)

formen gefährden. Deshalb wird ein alternatives Szenario einer *beschleunigten Reform* vorgelegt, das die Anpassungsperiode verkürzen würde. Dieses Szenario bringt zwar anfangs schlechtere Ergebnisse als das Grund-Szenario, die positive Entwicklung setzt aber schneller sowie bedeutend kräftiger ein.

Aus heutiger Sicht ist dieses beschleunigte Szenario nur für die drei Länder Ost-Mitteleuropas eine realistische Alternative. Es könnte in Ungarn 1994/95 ein Wirtschaftswachstum von real etwa 7,5% pro Jahr, in der ČSFR von fast 7%, in Polen von etwa 5,5% ermöglichen.

Laut *Debs – Shapiro – Taylor* geht ein rasches Wirtschaftswachstum im Falle einer beschleunigten Wirtschaftsreform auf folgende Ursachen zurück:

- Unsicherheiten über die künftige Wirtschaftspolitik werden beseitigt, wodurch sich das Investitionsklima verbessert; die eher realistischen Preise werden wirksamere Investitionsentscheidungen und einen effizienteren Gebrauch der Ressourcen zu einem im Vergleich zum Grund-Szenario früheren Zeitpunkt ermöglichen.
- Unproduktive Unternehmen (mit negativer Wertschöpfung) werden früher geschlossen, somit werden Arbeitskräfte und Mittel für produktive Zwecke frei.
- Eine rasche Reform ist auch in politischer Hinsicht wirksamer, weil sie jenen Kräften, deren Interessen durch die Reform beeinträchtigt werden, weniger Zeit zur Koalitionsbildung gibt.
- Die Aussichten, ausländisches Kapital anzuziehen, werden mit einer raschen Reform günstiger.

Die osteuropäischen Länder werden während der Transformation einen erheblichen *Finanzierungsbedarf* haben⁸⁾, der aber überwiegend zur Refinanzierung der Altschulden benötigt wird. Die Nettozuflüsse, die dem gesamten Finanzierungsbedarf abzüglich der Rückzahlungen entsprechen, werden im Grund-Szenario auf etwa 12 Mrd \$ pro Jahr (für 1991/1995 ins-

gesamt auf 63 Mrd \$) geschätzt. Dieser Wert entspricht fast genau den Zinszahlungen für Auslandsschulden, sodaß ein Netto-Realtransfer nach Osteuropa nicht zu erwarten ist. Die Direktinvestitionen in Osteuropa werden in der Periode 1991/1995 etwa 9 Mrd \$ erreichen. Dieses Szenario läßt keinen Spielraum für die Finanzierung von Handelsbilanzdefiziten; es erfordert eine weitgehend ausgeglichene Handelsbilanz. Im beschleunigten Szenario werden die finanziellen Nettozuflüsse und auch der Netto-Realtransfer um jeweils fast 10 Mrd \$ höher sein. Dies ist vor allem als Folge vergleichsweise höherer Direktinvestitionen zu werten, die 1991/1995 auf 15 Mrd \$ geschätzt werden.

Das *Ifo-Institut* hat im Auftrag der EG-Kommission zwei Szenarien für die Oststaaten entwickelt: Eine eher pessimistische Vorschau („Tal der Tränen“) geht davon aus, daß sich die planwirtschaftlichen Strukturen nur langsam umstellen lassen und daß auch später kaum Voraussetzungen für einen raschen Aufholprozeß gegeben sein werden. In der gesamten Region (ohne Jugoslawien) wird für die Periode 1987/1995 ein kumulierter Rückgang der Wirtschaftsleistungen um etwa 8% erwartet; in der folgenden Dekade (1995/2005) könnten die Oststaaten ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von real 3% pro Jahr erreichen. Eine optimistische Sicht rechnet bereits Anfang der neunziger Jahre mit einer Stabilisierung bzw. einem Aufschwung, der sich später zu einem Wirtschaftswachstum von real 4% pro Jahr festigen könnte (*EG-Kommission*, 1991B).

Zu ähnlichen Ergebnissen wie *Debs – Shapiro – Taylor* kommt eine von der *Weltbank* (*Gelb – Gray*, 1991) ausgearbeitete Wachstumsprojektion für Osteuropa bis zum Jahr 2000. Demnach wird der Wachstumseinbruch 1992 den Tiefpunkt erreichen. Der Aufschwung (gemessen am realen Pro-Kopf-Wachstum des Sozialproduktes) wird in Ost-Mitteleuropa („Norden“) viel kräftiger einsetzen als in Südosteuropa.

Eine von der *UNIDO* (1991) vorgelegte Wachstumsperspektive der ČSFR geht ebenfalls von zwei Varianten des Transformationsprozesses aus. Im Szenario einer „raschen Reform“ ist der Einbruch anfangs tief, gefolgt von einer Periode hoher Wachstumsdynamik. Darüber hinaus werden alternativ eine Erholung und ein weiterer Rückgang der Exporte in die UdSSR angenommen. Nach der im Augenblick realistischeren Variante eines Rückgangs der Exporte in die UdSSR wird das wirtschaftliche Entwicklungsniveau der ČSFR 1995 um etwa 2% unter jenem des Jahres 1990 bleiben, Mitte der neunziger Jahre aber wird die Konjunktur bereits deutlich erstarren (BSP 1995 +6%). Im Szenario einer „langsamen Reform“ ist das Sozialprodukt 1995 um 13,6% niedriger als 1990, eine Belebung der Exporte in die UdSSR würde es hingegen erlauben, 1995 das Niveau des Jahres 1990 um 8,4% zu überschreiten (Übersicht 7). Der Anteil der Industrie am Sozialprodukt wird in der Variante „rasche Reform – weniger Exporte in die UdSSR“ um 11,6% zurückgehen, die Arbeitsproduktivität der Industrie um 13,5% zunehmen. Überdurchschnitt-

Alternative Wachstumsszenarien für die ČSFR bis 1995 Übersicht 7

	BIP ¹⁾ Mrd \$	Anteile der Industrie am BIP In %	Arbeitsproduktivität in der Industrie \$ je Beschäftigten
1990	99,6	35,2	12,6
1990 = 100			
<i>1995</i>			
<i>Rasche Wirtschaftsreform</i>			
Weniger Exporte in die ehemalige UdSSR	98,1	88,4	113,5
Mehr Exporte in die ehemalige UdSSR	108,4	91,2	123,8
<i>Langsame Wirtschaftsreform</i>			
Weniger Exporte in die ehemalige UdSSR	86,4	86,1	100,8

Q: *UNIDO* 1991 (Berechnungen des Statistischen Bundesamtes der ČSFR) – ¹⁾ Zu Preisen von 1980

⁸⁾ Die Schätzungen des gesamten Kapitalbedarfs (aus dem Inland und Ausland) für den Wiederaufbau Osteuropas und der UdSSR ergeben weit auseinanderliegende Werte. Sie erreichen für die nächsten zehn Jahre für Osteuropa 75 bis 420 Mrd \$ pro Jahr, für die UdSSR 185 bis 1 180 Mrd \$ (vgl. *Handler – Kramer – Stanekovsky* 1992).

Veränderung der Industriestruktur in der ČSFR bis 1995 Übersicht 8

	1990	1995	
		Rasche Wirtschaftsreform	Langeame Wirtschaftsreform
	Anteile an der Wertschöpfung der Industrie in %		
<i>Branchen mit überdurchschnittlichem Zuwachs</i>			
Chemie	11,6	12,1	11,7
Metallwaren	3,9	4,8	4,2
Möbel	1,2	2,2	1,6
Elektrische Maschinen und Geräte	6,5	7,2	6,4
<i>Branchen mit unterdurchschnittlichem Zuwachs</i>			
Eisen und Stahl	9,8	8,8	10,1
Sonstige Maschinen	17,9	12,6	14,1

lich werden u. a. die Bereiche Chemie, Metallwaren, Möbel und elektrische Maschinen wachsen, die Produktion der Stahlindustrie sowie des allgemeinen Maschinenbaus wird hingegen spürbar eingeschränkt (Übersicht 8)

Perspektiven des Außenhandels

In allen Oststaaten spielte der Außenhandel auch in der Zeit der Planwirtschaft eine bedeutende Rolle. Die Exportquote (Anteile der Ausfuhr am Sozialprodukt) betrug in Osteuropa 10% bis 20%, etwa die Hälfte bis zwei Drittel der Werte vergleichbarer westlicher Länder⁹⁾. Der überwiegende Teil des Außenhandels konzentrierte sich auf andere Oststaaten, die bilateralen Beziehungen mit der UdSSR nahmen hierbei eine zentrale Stellung ein. Die enge wirtschaftliche Verflechtung war nicht (jedenfalls nicht mehr seit den sechziger Jahren) von der Politik diktiert. Sie entsprach unter den Bedingungen der Planwirtschaft den Interessen der Planungsbehörden und auch der Unternehmen. Die UdSSR war für Osteuropa nicht nur Lieferquelle für (billige) Roh- und Brennstoffe, sondern auch ein höchst aufnahmebereiter Markt für fast alle Exportprodukte. Die osteuropäischen Unternehmen konnten weitgehend auf Innovationen für ihre Exportprodukte verzichten, was die immanente innovationshemmende Neigung der Planwirtschaft noch verstärkte. Der RGW-Mechanismus, insbesondere die Clearing-Verrechnung trug maßgeblich zur Abschottung nach außen bei.

Infolge dieser Rahmenbedingungen verschlechterte sich die Wettbe-

werbsfähigkeit für Industriewaren der Oststaaten auf westlichen Märkten laufend. Mit wenigen Ausnahmen konnten sich die Oststaaten auf internationalen Märkten nur mit Rohstoffen und Vorprodukten behaupten, doch war in diesem Bereich – ausgenommen die UdSSR – ihr Lieferpotential beschränkt (Levcik – Stankovsky, 1988). Der Versuch, mit Hilfe westlicher Technologie und Anlagen die Produktionsstrukturen auf Kredit-

In der Vergangenheit konzentrierte sich der Außenhandel der Oststaaten auf andere Länder dieser Regionen, die bilateralen Beziehungen mit der UdSSR nahmen hierbei eine zentrale Stellung ein. Die osteuropäischen Unternehmen konnten weitgehend auf Innovationen für ihre Exportprodukte verzichten, was die immanente innovationshemmende Neigung der Planwirtschaft noch verstärkte. Die Unfähigkeit der Oststaaten, ausreichend Devisen aus Exporten zu erhalten, war die wichtigste Ursache für die geringe Bedeutung und das schwache Wachstum des Ost-West-Handels.

basis zu modernisieren, erwies sich bald als Fehlschlag und löste die spätere Verschuldungskrise Osteuropas aus.

Die Unfähigkeit der Oststaaten, ausreichend Devisen aus Exporten zu erhalten, war die wichtigste Ursache für die geringe Bedeutung und das schwache Wachstum des Ost-West-Handels. Am Beispiel des österreichischen Außenhandels mit den Nachbarstaaten kann dies illustriert werden: 1989 exportierte Österreich in die Schweiz pro Kopf des Handels-

partners 16mal so viel wie in die ČSFR und sechsmal so viel wie nach Ungarn, obgleich der Osthandel in Österreich eine größere Bedeutung hat als in anderen westlichen Ländern. Österreichs Lieferungen nach West- und Ostdeutschland standen im Verhältnis 8 : 1, die Importe sogar 37 : 1 (Kramer – Stankovsky, 1990).

Der Übergang der Oststaaten zur Marktwirtschaft wirkt sich auf den Außenhandel dieser Region über verschiedene Mechanismen aus¹⁰⁾. Das Volumen des Außenhandels könnte durch die Liberalisierung der Exporte und Importe und die Beseitigung von Hemmnissen recht bald ein Niveau erreichen, das dem Entwicklungsstand dieser Länder entspricht. Dieser Außenhandelseffekt könnte sich – allerdings nicht allzu ausgeprägt – bereits mittelfristig (in etwa fünf bis sechs Jahren) einstellen. Nach Berechnungen von Collins – Rodrik (1991) könnte der Außenhandel der Oststaaten als Folge der Außenhandelsliberalisierung um etwa 80 Mrd. \$ zunehmen, der Anteil des Ostens am Weltexport (Waren) von (tatsächlich) 7,4% auf 10% steigen. Vor allem in Bezug auf Polen scheint diese Projektion zu optimistisch zu sein. Kommt der Aufholprozeß im Osten rasch in Gang, sind vergleichsweise wesentlich kräftigere Außenhandelsimpulse zu erwarten. Nimmt man als eine langfristige Perspektive für den Lebensstandard im Osten das gegenwärtige EG-Niveau an, so würde sich nach den oben erwähnten Berechnungen der Anteil der Oststaaten am Weltexport verdreifachen. Diese Projektion ist allerdings – wenn überhaupt – nur für Ost-Mitteleuropa realistisch (Übersicht 9).

Weitaus stärker und schneller als auf das Volumen des Außenhandels werden sich die Auflösung des RGW und die Liberalisierung auf die Regionalstruktur des Außenhandels auswirken. Die bisher ausgeprägte Ostorientierung wird von einer zunehmenden Ausrichtung auf den Westen abgelöst.

Die Preisgabe des RGW-Clearing und anderer den Warenaustausch innerhalb des Ostblocks fördernder Me-

⁹⁾ Die Berechnung der Exportquote stößt allerdings auf erhebliche statistische Probleme (vgl. ECE, 1990/1991, sowie Stankovsky 1992).

¹⁰⁾ Eine ausführliche Untersuchung der Aussichten Osteuropas im Bereich des Außenhandels findet sich in Kramer (1992).

Außenhandel der Oststaaten: Eine Projektion

Übersicht 9

	Anteile am Weltexport			Regionalstruktur des Außenhandels ¹⁾							
	1988	Mittel- fristig ²⁾	Langfristig ³⁾	Westen ⁴⁾		EG		Ehemalige UdSSR		Osteuropa	
		In %		1989	Projektion	1989	Projektion	1989	Projektion	1989	Projektion
Oststaaten	7,43	10,04	22,54	63,2	87,5	22,4	53,9			36,8	12,5
Ehemalige UdSSR	4,10	5,16	10,74								
Osteuropa	3,33	4,88	11,80								
Ost-Mitteleuropa	1,74	2,97	6,26								
ÖSFR	0,85	0,98	1,63	39,1	78,5	16,0	50,7	44,4	12,3	16,6	9,3
Ungarn	0,37	0,57	1,15	59,4	69,7	27,5	42,1	26,3	16,5	14,3	13,8
Polen	0,52	1,42	3,48	60,7	80,9	29,1	53,4	25,5	11,4	13,8	7,7
Südosteuropa	1,59	1,90	5,54								
Bulgarien	0,64	0,42	0,98	27,8	82,1	10,7	56,8	57,7	9,6	14,5	8,3
Rumänien	0,47	0,65	2,30	54,6	76,7	12,6	51,5	33,2	12,8	12,2	10,5
Ehemaliges Jugoslawien	0,48	0,83	2,26	71,9	75,7	39,0	49,6	17,5	13,6	10,6	10,7

Q. Collins - Rodrik, 1991. - ¹⁾ Durchschnitt aus den Export- und Importanteilen. - ²⁾ Laufende Einkommen, außenwirtschaftliche Öffnung entsprechend dem Niveau der laufenden Einkommen. - ³⁾ Einkommen wie im EG-Durchschnitt. außenwirtschaftliche Öffnung entsprechend diesem Einkommensniveau. - ⁴⁾ Einschließlich Entwicklungsländer

chanismen ließ auf jeden Fall einen Rückgang des Intra-RGW-Handels erwarten. 1991 ist dieser Warenaustausch, insbesondere der Export in die UdSSR, gegenüber dem Vorjahr um 50% bis 60% geschrumpft. Der besonders tiefe Einbruch erklärt sich allerdings zum Teil aus Bemühungen der UdSSR, die drohende Zahlungsbilanzkrise durch Importkürzungen — vor allem zu Lasten Osteuropas — zu verhindern¹¹⁾. Auch zwischen den kleinen Ländern Osteuropas hat der Warenaustausch 1990/91 stark abgenommen.

Der weitreichende Rückgang des Intra-RGW-Handels bewirkte statistisch eine Änderung der Regionalstruktur in Richtung Westen. Der Ausbau des Außenhandels der Oststaaten mit dem Westen schreitet jedoch wesentlich langsamer voran als erwartet. Das größte Problem ist die weiterhin unzureichende Wettbewerbsfähigkeit der Produkte der Oststaaten. Nach offiziellen Statistiken sanken 1991 die Importe des Westens aus dem Osten absolut. Allerdings sind die Handelsstatistiken durch die Einbeziehung der früheren DDR in den Westen — deren immer noch bedeutender Osthandel im Jahr 1991 stark geschrumpft ist — verzerrt. Eine Bereinigung zeigt, daß die Bemühungen der Oststaaten um westliche Märkte doch auch erfolgreich waren (Übersicht 10).

Die künftige Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Oststaaten wird maßgeblich auch von der Öffnung der westlichen Märkte

abhängen. In der Vergangenheit waren Anbieter aus den Oststaaten in Westeuropa gegenüber dem Großteil der Konkurrenz benachteiligt: Während Lieferungen aus fast allen westeuropäischen Ländern (aus der EG und den EFTA-Staaten) von Mengenbeschränkungen sowie von Zöllen und Abgaben befreit waren (im Agrarbereich trifft dies nur auf den Handel innerhalb der EG zu), wurden Produkte der Oststaaten mit Zöllen und sonstigen (oft hohen) Abgaben belastet; darüber hinaus galten für zahlreiche „sensible“ Produkte Importquoten bzw. sonstige Handelsrestriktionen. Auch gegenüber den Entwicklungsländern die aufgrund des Allgemeinen Präferenzzollsystems¹²⁾ Zollsenkungen beanspruchen können, waren die Oststaaten benachteiligt.

Diese Stellung des Ostens am unteren Ende der Präferenzskala der EG

war handelspolitisch durch die Diskriminierung westlicher Anbieter im RGW sowie grundsätzlich dadurch begründet, daß die Staatshandelsländer den Außenhandel nach von der Marktwirtschaft abweichenden Prinzipien führten. Nach dem Übergang Osteuropas zur Marktwirtschaft treffen diese Argumente nicht mehr zu. Der erste Schritt zur Beseitigung von Handelsnachteilen war die Einbeziehung der meisten osteuropäischen Länder in das „Allgemeine Präferenzzollsystem“¹²⁾. Im Dezember 1991 unterzeichnete die EG mit Polen, Ungarn und der ÖSFR Assoziationsabkommen („Europaverträge“), die eine schrittweise Beseitigung von Zöllen und sonstigen Importhemmnissen im Nicht-Agrarbereich vorsehen. Die so entstehende Freihandelszone ähnelt jener, die bereits Anfang der siebziger Jahre zwischen der EG und den EFTA-Staaten geschaffen worden

Ost-West-Handel 1990 und 1991

Übersicht 10

	„Erweitert“		„Traditionell“	
	Einschließlich der DDR als Berichtsland	Ohne DDR als Berichtsland	1990	1991
	1990	1991	Jänner bis September	Jänner bis August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Exporte des Westens</i>				
Oststaaten	+ 10,6	- 13,4	+ 10,0	- 0,7
Osteuropa	+ 22,5	+ 0,2	+ 27,0	+ 19,1
Ost-Mitteleuropa	+ 19,0	+ 17,2	+ 24,1	+ 48,9
Südosteuropa	+ 27,1	+ 19,1	+ 30,2	- 9,1
Ehemalige UdSSR	- 0,5	- 27,8	- 6,6	- 23,0
<i>Importe des Westens</i>				
Oststaaten	+ 6,6	- 3,0	+ 19,6	+ 6,9
Osteuropa	+ 7,4	- 0,8	+ 19,8	+ 7,7
Ost-Mitteleuropa	+ 13,6	+ 4,0	+ 31,7	+ 15,7
Südosteuropa	+ 0,0	- 6,9	+ 7,8	- 1,6
Ehemalige UdSSR	+ 5,8	- 5,5	+ 19,4	+ 6,1

¹¹⁾ Finnland, das den Zahlungsverkehr mit der UdSSR ebenfalls im Rahmen einer Clearing-Verrechnung abwickelte, war dadurch ebenso betroffen wie Osteuropa.
¹²⁾ Österreich kam hierbei eine wichtige Schrittmacherfunktion zu (vgl. Richter - Stankovsky 1991).

war. Die EG wird die Zölle rascher abbauen als die drei osteuropäischen Länder, hat sich allerdings für einige sensible Produkte relativ lange Übergangsfristen vorbehalten. Weniger weitreichende Abkommen sind auch mit Bulgarien und Rumänien in Aussicht gestellt, die Nachfolgestaaten der UdSSR (insbesondere die baltischen Länder) dürften folgen. Die EFTA-Staaten werden ebenfalls, voraussichtlich noch im Sommer 1992, Freihandelsverträge mit den Ländern Ost-Mitteleuropas abschließen¹³⁾

In der zitierten Studie von Collins — Rodrik wurde der Versuch unternommen, mit Hilfe eines ökonometrischen Modells, das sich auf Außenhandelsstrukturen vergleichbarer westlicher Länder sowie auf die Handelsverflechtungen der Vorkriegszeit stützt, die im Falle einer Liberalisierung zu erwartenden regionalen Strukturen des Außenhandels der Oststaaten zu bestimmen. Die Ergebnisse dieser Berechnungen können als Hinweise auf die zu erwartenden Tendenzen verstanden werden. Der Anteil des Außenhandels mit dem Westen¹⁴⁾ wird deutlich, großteils zu Lasten des Außenhandels mit der ehemaligen UdSSR, zunehmen. Die Handelsverflechtung zwischen den kleinen Ländern Osteuropas wird nur wenig betroffen sein. Massive Umschichtungen müssen die früher besonders stark „ostorientierten“ Länder erwarten. In Ungarn und Jugoslawien, deren Außenhandel sich bereits Ende der achtziger Jahre zu einem relativ großen Teil auf den Westen stützte, werden die Änderungen geringer sein. Der wichtigste Handelspartner dürfte die EG sein, auf die in fast allen Oststaaten mehr als die Hälfte des gesamten Außenhandels entfallen wird.

Künftige Warenstruktur des Ost-West-Handels

Maßgeblich für die Integration Osteuropas in die Weltwirtschaft und somit auch für den Reformerfolg wird sein, mit welchen Produkten sich die Oststaaten auf den internationalen Märkten durchsetzen können. Eine Untersuchung des Londoner CEPR (1990) kam zu dem Schluß, daß Osteuropa

angesichts des guten Ausbildungsniveaus der Arbeitskräfte und des wissenschaftlichen und technologischen Potentials komparative Vorteile im Handel mit humankapital- und skillintensiven Gütern entwickeln wird.

Nach Collins — Rodrik sind solche Erwartungen nur dann realistisch,

Maßgeblich für die Integration Osteuropas in die Weltwirtschaft und somit auch für den Reformerfolg wird sein, mit welchen Produkten sich die Oststaaten auf den internationalen Märkten durchsetzen können. Eine Untersuchung des Londoner CEPR (1990) kam zu dem Schluß, daß Osteuropa angesichts des guten Ausbildungsniveaus der Arbeitskräfte und des wissenschaftlichen und technologischen Potentials komparative Vorteile im Handel mit humankapital- und skillintensiven Gütern entwickeln wird.

wenn westliche Investoren das Skillpotential hoch einschätzen und sich zu umfassenden Investitionen (mit entsprechendem Technologietransfer) in Osteuropa entschließen. Hohe Kapitalzuflüsse würden Aufwertungstendenzen östlicher Währungen bewirken und Anreize zum Billig-Wettbewerb verringern. „Within ten years, Eastern Europe could look like Central or Western Europe rather than Southern Europe“ (Collins — Rodrik, 1991)

Andere Studien hingegen sehen die komparativen Vorteile Osteuropas eher in einfachen humankapitalintensiven Gütern. Nach Siebert (1991) kann in Zukunft mit folgender Exportstruktur des Ostens gerechnet werden:

- Die ehemalige UdSSR wird sich auf die Produktion von rohstoffintensiven Gütern, insbesondere mit Energierohstoffen und Metall, konzentrieren.
- Landwirtschaftliche Produkte werden forciert.
- Arbeitsintensive und vorwiegend humankapitalintensive Produkte im mittleren Bereich, die techni-

sche Fertigkeit in der Herstellung erfordern und deren Produktion von der Fertigung getrennt werden kann¹⁵⁾, werden verstärkt für den Export erzeugt werden.

Hughes — Hare (1991) versuchten mit Hilfe einer Kalkulation der Wertschöpfung — berechnet zu Weltmarktpreisen und zu Inlandspreisen —, Hinweise auf die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Wirtschaftszweige in der ČSFR, in Ungarn und Polen zu finden. Die Ergebnisse variieren je nach den zugrunde gelegten Kriterien, weisen aber in die Richtung, daß die ČSFR ihre größten Wettbewerbsvorteile in Teilen der Maschinen- und Fahrzeugindustrie sowie der Glasindustrie, Keramik- und Plastikerzeugung und Ungarn vor allem in der Leichtindustrie hat (Bekleidung, Lederwaren, Schuhe, Holz, elektrische Einrichtungen). Relativ gering ist die Zahl wettbewerbsfähiger Branchen in Polen (einige Bereiche der Textil- und Holzverarbeitung sowie die Nahrungsmittelindustrie). Bemerkenswert ist, daß in allen drei Ländern fast alle Zweige der Nahrungsmittelindustrie eine besonders niedrige internationale Wettbewerbsfähigkeit aufweisen.

Zusammenfassung

Von unterschiedlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen ausgehend sind die einzelnen Oststaaten — trotz Ähnlichkeit der Transformationsprobleme — in ihren Reformbemühungen ungleich weit vorangekommen. Gemeinsam mit den oft sehr verschiedenen politischen Zielsetzungen bestimmt dies die wirtschaftlichen Perspektiven für die nächsten Jahre. In welchem Maße und wann die Reformen greifen, hängt wesentlich von den Fortschritten in der Umgestaltung des Rechts- und Finanzsystems ab, die wieder als Basis für erfolgreiche Privatisierungsschritte gelten. In den ersten Reformjahren seit 1989 hat die gemessene Produktion real in allen Oststaaten schwere Einbußen erlitten, wenn auch strittig ist, wie aussagekräftig die verfügbaren Daten in einer Phase drastischer Strukturän-

¹³⁾ Den Freihandelsvertrag mit der ČSFR unterzeichnete die EFTA im März 1992.

¹⁴⁾ Einschließlich des relativ geringen Anteils der Entwicklungsländer.

¹⁵⁾ Die Trennung von Fertigung und Produktion (mobile Schumpeter-Industrien) ist z. B. in der Produktion von EDV-Geräten und Haushaltsgeräten möglich, nicht hingegen z. B. im Flugzeugbau (vgl. hierzu Klodt 1991).

derungen sein können Sie lassen derzeit noch keinen Schluß zu, ob Länder mit gradueller Anpassung (wie Ungarn) erfolgreicher agieren als Länder mit radikalen Reformen (wie etwa die ČSFR)

Alle einigermaßen realistischen Szenarien für die Zukunft der Volkswirtschaften im Osten kommen zu dem Schluß, daß im Umbau der Wirtschaftssysteme noch einige Jahre die Kosten den Ertrag überwiegen werden. Ab Mitte des Jahrzehnts ist mit einem Wachstum zu rechnen, dessen Höhe von einem möglichst bald durchgreifenden günstigen Investitionsklima abhängt. Dies ist wieder nur zu erwarten, wenn die Reformen nachhaltig fortgesetzt werden, sodaß die noch bestehenden Rechtsunsicherheiten rasch ausgeräumt werden und die Wirtschaftspolitik so an Glaubwürdigkeit gewinnt. Das sind auch die Voraussetzungen für eine baldige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel, die die Nachfrage nach Ostwaren auf den Märkten in West und Ost stärken sollte.

Literaturhinweise

- Berg**, A. Sachs G. 'Structural Adjustment and International Trade in Eastern Europe: The Case of Poland' Prag 1991
- Butschek**, F. 'External Shocks and Long-Term Patterns of Economic Growth in East-Central Europe' Wien 1992
- Calvo**, G. A. Frenkel J. A., 'Obstacles to Transforming Centrally-Planned Economies: The Role of Capital Market' IMF Research Department 1991 (WP/91/66)
- Centre for Economic Policy Research (CEPR)**, 'Monitoring European Integration: The Impact of Eastern Europe' London 1990
- CIA** 'Handbook of Economic Statistics 1991' Washington D. C. 1991
- Collins** S. M. Rodrik D. 'Eastern Europe and the Soviet Union in the World Economy' Institute for International Economics Policy Analyses in International Economics 1991 (32)
- Csikos-Nagy**, B. 'Privatisierung in einer postkommunistischen Gesellschaft. Der Fall Ungarn' Ungarische Wirtschaftshefte 1991. (2)
- Debs** R. A. Shapiro H., Taylor. Ch. 'Financing Eastern Europe' Group of Thirty Washington D. C. 1991
- Dornbusch** R. 'Priorities of Economic Reform in Eastern Europe and the Soviet Union' CEPR Occasional Paper 1991 (5)
- ECE** 'Economic Bulletin for Europe 1990' 42
- ECE**, 'Economic Bulletin for Europe 1991' 43
- EG-Kommission** 'Stabilisierung Liberalisierung und Kompetenzverlagerung nach unten' Europäische Wirtschaft 1990, (45)
- EG-Kommission** (1991A), 'Die Öffnung Osteuropas', in: Panorama der EG-Industrie 1991/92 Brüssel 1991
- EG-Kommission** (1991B) 'European Economy Special Edition (Eastern Europe) 1991 (2)
- Federal Agency for Foreign Investment** 'Basic Conditions for Foreign Investment in the Czechoslovak Economy' Prag 1991
- Geib** A. H. Gray Ch. W. 'The Transformation of Economies in Central and Eastern Europe' The World Bank Policy and Research Series, 1991 (17)
- Handler** H. Kramer H. Stankovsky J. 'Debt Capital Requirement and Financing of the Eastern Countries' Wien 1992
- Havrylyshyn**, O. Williamson J. 'From Soviet Union to Eastern Economic Community?' Institute for International Economics 1991
- Hughes** G. Hare P. 'Competitiveness and Industrial Restructuring in Czechoslovakia, Hungary and Poland', 'European Economy', 1991 (2)
- IMF** (1991A), 'Macroeconomic Developments and Systemic Reforms in Eastern Europe and in the USSR' World Economic Outlook Washington D. C. 1991, S. 26-37
- IMF** (1991B) 'Exceptional Balance of Payments Assistance for Central and Eastern European Countries — Review of Experience in 1991 and Preliminary Estimates of Financing Needs for 1991' 1991 (EBD(91)278)
- IMF** (1991C) 'World Economic Outlook' Washington D. C. 1991
- International Economic Review** 1991
- Kenen** P. B., 'Transitional Arrangements for Trade and Payments among the CMEA Countries' IMF Staff Papers 1991 (38)
- Klodt**, H. 'Comparative Advantage and Prospective Structural Adjustment in Eastern Europe', Institut für Weltwirtschaft Working Paper 1991 (479)
- Kramer** H. 'Die Integration Osteuropas in die Weltwirtschaft' WIFO-Monatsberichte 1992 65(4)
- Kramer** H. Stankovsky, S. 'Deutsch-deutsche Währungs- und Wirtschaftsunion Bestandsaufnahme und mögliche Auswirkungen auf Österreich' WIFO-Monatsberichte 1990 63(3)
- Landesmann**, M. Nesporova A. Szekely I., 'Industrial Restructuring and Reorientation of Trade in Czechoslovakia', 'European Economy' 1991 (2)
- Laski** K. 'Transition from Command to Market Economies in Central and Eastern Europe: First Experiences and Questions' WiWi Wien 1992
- Levcik** F. Stankovsky J. 'Eastern Europe's Trade Problems: Between Ties to the USSR and Ties to the West' WIFO-Vorträge 1985 (24)
- Lipton** D. Sachs J., 'Creating a Market Economy in Eastern Europe: The Case of Poland' Brookings Papers on Economic Activity 1991 (1)
- Mayerhofer** P. 'Wien im neuen Mitteleuropa Studie des WIFO im Auftrag des Magistrats der Stadt Wien' MA 18 Wien 1992
- NATO** 'The Soviet Economy under Gorbachev' Brüssel, 1991.
- OECD** (1991A) 'The Financial Sector in Hungary' Paris, 1991.
- OECD** (1991B) 'Transition Issues in Central and Eastern Europe', 1991 (ESD/CPE/WP1(91)6)
- OECD** (1991C) 'Economic Outlook' Paris 1991
- Portes** R. 'Introduction (to Special Issue of European Economy on Eastern Europe)' EG-Kommission (1991B).
- Richter** S., Stankovsky J. 'Die neue Rolle Österreichs im Ost-West-Handel' Wien 1991
- Siebert** H. 'Die Integration Osteuropas in die Weltwirtschaft' Institut für Weltwirtschaft Arbeitspapier 1991, (491)
- Siebert** H., Nunnenkamp, P. Schmiedig H. 'The Transformation of a Socialist Economy — Lessons of German Unification', Institut für Weltwirtschaft Working Paper 1991 (469)
- Stankovsky** J. 'Foreign Trade in East-Central Europe and in Austria: Retrospective and Perspective' Wien 1992
- Swedish Foreign Ministry**, 'Economic Survey of the Baltic Republics' Stockholm 1991
- UNIDO** 'Czechoslovakia Industry Report' Investment Forum for Czechoslovakia, Prag 1991
- UNO** 'World Economic Survey 1991' Implications of the Transformation in Eastern Europe and the Soviet Union for Economic Relations among East West and South, New York 1991
- Williamson** J. 'The Economic Opening of Eastern Europe' Washington, D. C. 1991
- Winięcki** J. (1991A) 'The Polish Transition Programme at Mid-1991: Stabilisation under Threat' Kieler Diskussionspapier 1991 (174)
- Winięcki** J. (1991B) 'Political Economy of Privatization: Poland in Comparative Perspective', Institut für Weltwirtschaft Working Paper 1991 (485)